

Autokennzeichen: Reaktionen im Südwesten

Stuttgart hält an seinen Plänen fest

STOCKACH/MAINZ. Baden-Württemberg hält an seinen Plänen zur automatischen Erfassung von Autokennzeichen auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts fest. Innenminister Heribert Rech (Bild/CDU) sagte gestern nach einer Sitzung des CDU/FDP-Kabinetts in Stockach (Kreis Konstanz): „Wir planen keine massenhafte, sondern eine gezielte Kontrolle.“ Damit könne kein Bewegungsbild eines Fahrers erstellt werden. Aber die automatischen Lesesysteme seien ein wichtiges Instrument der polizeilichen Fahndungsarbeit. Zudem sehe das neue Polizeigesetz vor, die Autonummern Unbeteiligter nach dem Abgleich mit Fahndungsdateien gleich wieder zu löschen.

Die Grünen im Landtag werteten dagegen die Gerichtsentscheidung als „zweite Ohrfeige“ für Rech binnen weniger Tage. Der Minister habe schon für seine Pläne zur Online-Durchsuchungen eine Abfuhr erhalten, erklärte Hans-Ulrich Sckerl. Er forderte Rech auf, endlich einen Entwurf für ein Polizeigesetz vorzulegen, der das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung in allen Bereichen berücksichtige.

Mainz überarbeitet Regelung

Der rheinland-pfälzische Innenminister Karl Peter Bruch (SPD) kündigte eine Überarbeitung der Landesregelung an. „Das Urteil hat nach derzeitiger Einschätzung auch Auswirkungen auf das rheinland-pfälzische Polizeigesetz“, sagte er in Mainz. Rheinland-Pfalz hatte nach Angaben des Innenministeriums 2004 im Polizeigesetz eine Befugnis zum elektronischen Abgleich von Kennzeichen aufgenommen. Realisiert worden sei diese Ermächtigung allerdings bisher nicht.

Nach dem Urteil sind die Gesetze in Hessen und Schleswig-Holstein derart unbestimmt formuliert, dass sie – vor allem in Hessen – eine flächendeckende elektronische Beobachtung von Autofahrern bis hin zur Herstellung von Bewegungsprofilen ermöglichen. *lsw/lrs*

Parlamentsreform: Durchbruch im Stuttgarter Landtag

Diät wächst, Rente sinkt

STUTTGART. Nach jahrelangem Tauziehen ist die Parlamentsreform im baden-württembergischen Landtag unter Dach und Fach. Einen „bedeutsamen Erfolg“ meldete gestern Landtagspräsident Peter Straub (CDU) nach der Beilegung des vorläufig letzten Streits. Zuletzt hatten gut zwei Dutzend Jungabgeordnete von CDU und FDP das Paket noch einmal mit Nachforderungen zu ihrer eigenen Altersversorgung in Gefahr gebracht. Doch die beiden Gesamtfaktionen winkten Straubs Vorschlag durch: Danach bekommen die 2006 erstmals Gewählten 90 000 Euro für eine Nachversicherung, fallen aber ab 2011 unter das neue Rentensystem.

Kernpunkt der Reform ist das Abschmelzen der üppigen Staatsrente für die Abgeordneten und im Gegenzug eine Anhebung der monatlichen Diäten von derzeit 4879 Euro auf das Niveau der bayerischen Kollegen, die 6166 Euro verdienen. Dazu erhalten die Parlamentarier monatlich 1500 Euro, die sie für ihre Altersversorgung selbst anlegen müssen.

Erstmals verordnet sich das Parlament nun auch die in anderen Bundesländern längst durchgesetzte strikte Trennung von Landtagsmandat und Staatsamt. Ab 2016 dürfen Landräte, Bürgermeister und Schulleiter nicht gleichzeitig im Landtag sitzen. Ausgeklammert wurde die Neuregelung der Extrazahlungen. *pre/jor*

Erinnerung: Vor einem Jahr kehrte Donald Klein aus der Haft im Iran zurück in die Pfalz

Die Wut ist immer noch da

Von unserem Redaktionsmitglied
Dagmar Unrecht

LAMBSHEIM. Die Wut kocht noch immer in ihm hoch. „Mir ist ein Jahr gestohlen worden, ich war eine politische Geisel“, schimpft Donald Klein, Steinmetz aus dem pfälzischen Lambsheim. 468 Tage saß er im Iran im Gefängnis, weil er beim Angeln von Dubai aus in iranische Gewässer geraten war. Der Traumurlaub verwandelte sich in einen Albtraum, der bis heute deutliche Spuren hinterlässt.

Morgen vor einem Jahr, am 13. März 2007, betrat Donald Klein zum ersten Mal nach seiner Freilassung wieder deutschen Boden. „Zuerst hab' ich mich daheim hingeworfen und eine g'scheite Wurst gegessen, eine die auch nach Schwein schmeckt“, erinnert sich der 54-Jährige an seine Rückkehr nach Hause. Doch so schnell ließ sich das Erlebte nicht verdauen. Nach und nach musste Donald Klein wieder in sein altes Leben und die Arbeit zurückfinden. „So etwas bleibt in den Knochen stecken“, sagt der Pfälzer nachdenklich.

Dabei konnte damals, am 29. November 2005, niemand ahnen, welche Wendung Kleins Leben an diesem Tag nehmen würde. Zusammen mit seiner Frau Karin machte er Urlaub auf der arabischen Halbinsel. Weil Donald Klein ein begeisterter Hobbyangler ist, mietete er sich von Dubai aus einen Skipper, den Franzosen Stéphane Lherbier, samt Boot. „Ich wollte nur einen schönen Tag haben“, erinnert sich Klein. Die zwei Männer fuhren aufs Meer hinaus und nahmen Kurs auf eine kleine Insel. Schon bald lagen zwei prächtige Barrakudas an Deck. Doch dann wurden die Ausflügler selbst zur Beute: Iranische Sicherheitskräfte nahmen die Männer mit der Begründung fest, in iranische Hoheitsgewässer eingedrungen zu sein. Es folgte eine mehr als 15 Monate dauernde Haft voller Einsamkeit und Ungewissheit.

Buch-Projekt liegt auf Eis

Eigentlich genügend Stoff für ein ganzes Buch, doch dafür hat der Pfälzer im Moment keinen Kopf. „Dann müsste ich ja gedanklich in den Iran zurückkehren“, wehrt Donald Klein ab. Er wolle lieber einen Schlussstrich ziehen und sich seiner Arbeit als Steinmetz widmen: „Das Leben geht schließlich weiter.“

Und doch schleicht sich die ungezähmte Wut, die Donald Klein seit



Nach seiner Freilassung kann sich Donald Klein auch wieder der Angelausrüstung widmen. *BILD: DPA*

dem iranischen Horrortrip umtreibt, immer wieder in seinen Alltag, auch in die geliebte Werkstatt. Dann entstehen Bronze-Plastiken von bewaffneten Kriegerern, die nur darauf zu warten scheinen, auf ihre Feinde loszustürmen. Aggression zum Anfassen. „Ich hab' halt eine Stinkwut auf den Iran und auf alles Muselmanische“, gesteht Klein unumwunden ein. „Ein Multi-Kulti-Fan bin ich jedenfalls nicht“, fügt er energisch hinzu.

Dabei sei er während seiner Haft nicht schlecht behandelt worden, gerade die Militärs seien alle sehr höflich und freundlich gewesen. Doch die Erinnerung an das Sicherheitsgefängnis in Teheran, die 1,75 mal 2,20 Meter große Zelle, hat sich tief ins Gedächtnis von Donald Klein eingepreßt. Psychologische Hilfe, die ihm vom Auswärtigen Amt angeboten wurde, hat er bis heute nicht in Anspruch genommen. Zu groß ist sein Bedürfnis, die Geschehnisse im Iran so weit als möglich vom heimischen Lambsheim fern zu halten: „Ich möchte das Thema abschließen.“ Auch für seine Ehefrau Karin

ist es ein Jahr nach der Rückkehr ihres Mannes in die pfälzische Heimat an der Zeit, einen Schlussstrich zu ziehen: „Für mich ist der Fall erledigt.“

Zu kämpfen hat der 54-Jährige auch so. Anfang des Jahres zwang ihn eine schwere Krebserkrankung aufs Krankenbett. Doch inzwischen fühlt sich Klein wieder genesen und auch zum Scherzen aufgelegt. „Ich bin dem Teufel wieder von der Schippe gesprungen“, lacht er ver-schmitzt.

Neue Reisepläne

Fest steht heute, dass das Ehepaar keine Reisen mehr in muslimische Länder unternehmen wird. „Ich würde dieses Jahr gern meinen Cousin in Florida besuchen“, erzählt Klein. Auch eine Reise ins Nachbarland Dänemark läge ihm am Herzen. „Dort sind die Leute beim Streit um die Mohammed-Karikaturen nicht eingeknickt, das hat mir gefallen“, erinnert er sich voller Genugtuung. Und schon blitzt sie wieder auf, die alte Wut. Sie hat Donald Klein noch fest im Griff.

Donald Klein

■ Am 29. November 2005 brechen Donald Klein und sein Skipper, der Franzose Stéphane Lherbier, von Dubai aus zu einem **Angelausflug** auf. Sie geraten in iranische Gewässer und werden verhaftet.

■ Die beiden Männer werden **wegen illegalem Grenzübertritts** zu einer **Haftstrafe von 18 Monaten** verurteilt, nach Auffassung von Paris und Berlin ein zu hartes Urteil.

■ Für Donald Klein beginnt eine **lange Zeit der Ungewissheit im Ewin-Gefängnis** in Teheran.

■ Am 12. März 2007 (Ortszeit) wird der Pfälzer nach mehr als 15 Monaten Haft im Iran **vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen**. Lherbier ist zu diesem Zeitpunkt bereits seit drei Wochen frei.

■ Am 13. März 2007 kommt Donald Klein **am Frankfurter Flughafen** an und kehrt nach Lambsheim zurück.

Gesundheitsschutz: Jährlich vier Millionen Euro Zusatzkosten

Ältere Lehrer erhalten Rabatt auf ihre Arbeitszeit

Von unserem Korrespondenten
Peter Reinhardt

STUTTGART. Die Lehrer in Baden-Württemberg erhalten künftig im Alter eine einheitliche Ermäßigung auf ihre Unterrichtsverpflichtung: Ab 58 Jahren müssen sie eine Stunde in der Woche weniger halten, nach dem 60. Geburtstag bleibt es beim Rabatt von zwei Deputatsstunden. „Damit behandeln wir die Lehrer aller Schularten gleich“, erläutert Kultusstaatssekretär Georg Wacker (CDU) im Gespräch mit unserer Redaktion.

Die Altersermäßigung sieht Wacker als Teil eines umfassenden Konzepts zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes für Lehrer. Die Vorschläge der von Wacker geleiteten Arbeitsgruppe sehen Hilfen bereits in der Berufseinstiegsphase und permanente Fortbildungen bis zum Stimmtraining vor. Die zusätzlichen Kosten der Prävention beziffert der Staatssekretär auf jährlich 4,2 Millionen Euro. Konkrete Vereinbarungen zu diesem Bereich sollen aber erst im Rahmen der Dienstrechtsreform für alle Beamten getroffen werden.

Die Altersermäßigung soll erst zu Beginn des übernächsten Schuljahres neu geregelt werden. Ein

Schiedsgericht hatte das Kultusministerium gezwungen, alle Lehrergruppen gleich zu behandeln. Bisher erhielten die Lehrer an Gymnasien und Berufsschulen bereits ab dem 55. Lebensjahr einen Nachlass, ihre Kollegen an Grund-, Haupt- und Realschulen erst ab 60 Jahren.

Die Neuregelung der Altersermäßigung wird nach Wackers Angaben keine Zusatzkosten verursachen. 950 Lehrer sind als Ersatz für die re-

Dauerbrenner Arbeitszeit

■ 2003 strich die damalige Kultusministerin Annette Schavan die **Altersermäßigung** von einer Wochenstunde für alle 55- bis 59-jährigen Lehrer.

■ Als sie wenige Monate später die **Unterrichtsverpflichtung** an Gymnasien und Berufsschulen um eine auf 25 Stunden **erhöhte**, wurden die Lehrer dieser beiden Schularten von der Streichung verschont.

■ Der Hauptpersonalrat der Grund-, Haupt- und Realschulen klagte gegen die **Ungleichbehandlung** und bekam im Sommer 2007 Recht. Dadurch wurde die Neuregelung notwendig.

IN KÜRZE

Fristlose Kündigung rechtens
MAINZ. Manipulationen an der Stechuhr rechtfertigen eine fristlose Kündigung. Das geht aus einem gestern veröffentlichten Urteil des Landesarbeitsgerichts Rheinland-Pfalz in Mainz hervor. Darin liege ein schwerer Vertrauensbruch, da ein Lohnanspruch für eine Zeit nur vorgetauscht wurde. Die Klägerin hatte mehrfach ihren Arbeitsplatz aus privaten Gründen verlassen, ohne die Stempeluhr zu betätigen. (Az.: 4 Sa 996/06). *lrs*

Grüner Bürgermeister

KARLSRUHE. Die Grünen stellen künftig erstmals einen der fünf Karlsruher Bürgermeister. Der 47-jährige Klaus Stapf wurde gestern vom Gemeinderat mit deutlicher Mehrheit zum Dezernenten gewählt. Er tritt die Nachfolge von Bürgermeister Ullrich Eidenmüller (FDP) an, der nach 24 Jahren seinen Hut nimmt. Nach der Gemeindeordnung müssen sich die Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat bei der Besetzung der Bürgermeister widerspiegeln. Die Grünen sind mit acht Sitzen drittstärkste Kraft im Rathaus. *lsw*

ZITAT

„Heiliger Vater, wenn Sie Unterstützung von einem Finanzfachmann brauchen: Ab Juni bin ich frei.“

BADEN-WÜRTTEMBERGS FINANZMINISTER GERHARD STRATHAUS (CDU) WÄHREND EINER AUDIENZ BEIM PAPST IN ROM UNTER ANSPIELUNG AUF SEIN BEVORSTEHENDES AUSSCHIEDEN AUS DEM AMT. LSW

Mehr Lehrer, kleinere Klassen

MAINZ. Der rheinland-pfälzische Ministerrat hat die Schulreform des Bundeslandes im Grundsatz gebilligt. Die SPD-Regierung will den Hauptschulabschluss ab 2009 unter dem Dach einer neuen „Realschule plus“ anbieten. Die Hauptschulen sollen bis 2013 verschwinden. An den „Realschulen plus“ soll die Schülerzahl in Klasse 5 und 6 auf maximal 25 statt wie sonst auf höchstens 30 festgeschrieben werden, für die Aufbauphase soll es landesweit pro Jahr je 180 bis 190 zusätzliche Lehrplanstellen geben. *lrs*

Zollitsch beim Papst

ROM/FREIBURG. Der neue Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, hat seinen Antrittsbesuch bei Papst Benedikt XVI. gemacht. Der Freiburger Erzbischof war Mitte Februar zum Vorsitzenden gewählt worden. Wober der Papst und er am Montag gesprochen haben, wurde nicht bekanntgegeben. *lsw*

Grüne: Vom Europaparlament in den Bundestag

Özdemir will zurück

Von unserem Korrespondenten
Joachim Rück

STUTTGART. Dass sich das Kunstwort „Migrationshintergrund“ vor einigen Jahren im Sprachalltag durchgesetzt hat, lag möglicherweise auch an ihm: Der anatolische Schwabe Cem Özdemir lieferte das Gesicht zu dem sperrigen Begriff. Acht Jahre lang war der Grüne als erster Bundestagsabgeordneter türkischer Herkunft der gefühlte Integrationsbeauftragte der Nation. Bis er 2002 über die Bonusmeilen-Affäre um die private Nutzung von dienstlich erworbenen Vielflieger-Rabatten stolperte und sein Mandat abgab. Nach einer Pause und vierjährigem Exil als Europaabgeordneter in Straßburg will Özdemir jetzt wieder zurück auf die Berliner Politbühne: Er möchte



Cem Özdemir will für die Südwest-Grünen in den Bundestag zurückkehren. *BILD: DPA*

2009 in Stuttgart in den Bundestag gewählt werden.

Der Kreisvorstand hat dem 42-Jährigen die Kandidatur angetragen. „Cem Özdemir passt zu Stuttgart, der Landeshauptstadt mit ihrem hohen Migrantenanteil“, freut sich die Kreisvorsitzende Irmela Neipp-Gerke. Nicht alle dürften von dem Comeback-Versuch so begeistert sein. Um ins Parlament zu kommen, braucht Özdemir einen sicheren Platz auf der Landesliste. Durch die Geschlechterquote bei den Grünen gibt es für Männer lediglich deren vier, abzüglich dem Fraktionsvorsitzenden Fritz Kuhn sogar nur drei. Das heißt, der Rückkehrer wird mit Platzhirschen wie Bundestags-Landesgruppenchef Alexander Bonde, dem Tübinger Winfried Hermann und dem Mannheimer Aufsteiger Gerhard Schick konkurrieren.

Ob die Basis Özdemir die Bonusmeilen und den zinsgünstigen Privatkredit durch den umstrittenen PR-Berater Moritz Hunzinger „verziehen hat, ist schwer einzuschätzen“, sagt ein Partei-Insider. Die rhetorischen Fähigkeiten, die Delegierten für sich einzunehmen, habe er jedenfalls. Spekulationen, er könne den Grünen-Bundesvorsitzenden Reinhard Bütkofer beerben, weist er zurück: „Ich stehe für das Amt nicht zur Verfügung. Da gibt es Geeignete.“ Özdemir wird weiter mit seiner Familie in Berlin wohnen.